Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1873

17.6.1873 (No. 138)

Visual Library

Badischer Beobachter.

Büreau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

Nro. 138. | Erscheint täglich (Montag ausgen.) Preis 1 fl. 18 kr., durch die Post bezogen 1 fl. 52 kr. vierteljährlich. | Dienstag, 17. Juni | Insertionsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 Kreuzer. | 1873.

Abonnments-Einladung.

Mit dem 1. Juli beginnt das dritte Quartal unseres Blattes. Mit Hinweis auf die an der Spitze desselben enthaltene Preisangabe bemerken wir, daß alle Postanstalten und Landpostboten Bestellungen annehmen; für hier und Umgegend das Büreau unseres Blattes sowie die Austräger.

Wir ersuchen die Freunde des Bad. Beobachters, für die möglichst größte Verbreitung desselben gerade in dem kommenden Quartale um so lebhafter thätig sein zu wollen, als die Wahlen für den badischen Landtag vor der Thüre stehen. Ein weiteres Wort über die Wichtigkeit der katholischen Presse in diesen Tagen eines Kampfes, wie ihn die Geschichte nie folgenschwerer gesehen, hinzuzufügen, halten wir für überflüssig.

Karlsruhe, 14. Juni 1873.

Die Redaction des Bad. Beobachters.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 10. Juni. (Nach der K. V. Z.)

Abg. Graf Baudissin sucht wegen eines Fußübels einen 15tägigen Urlaub nach. (Nein! Nein!) Abg. v. Hoverbeck. Der Abg. Graf Baudissin leidet an einem Fußübel; wie kann man da den Urlaub verweigern? Er muß doch zuweilen aufstehen, um abzustimmen.

Der Urlaub wird bewilligt, dagegen wird er den Abgg. Günther (D.-Crone), Kottmüller und Graf Landsberg-Velen, die ihn wegen unabweislicher Geschäfte nachsuchen, verweigert.

Die Abgg. Winzingerode und Grosman (Köln) beschweren sich darüber, daß sie, obwohl sie den Sitzungen der vorigen Woche, in denen die Beschlußunfähigkeit des Hauses constatirt wurde, sämmtlich oder doch fast sämmtlich beigewohnt haben, durch Telegramme, welche an ihr Ehr- und Pflichtgefühl appelliren und die Unterschrift des Vice-Präsidenten v. Bennigsen tragen, nach Berlin citirt worden seien. Graf Winzingerode bittet die Liste derer, die ohne Entschuldigung gefehlt haben, vor ihrer Veröffentlichung, die ihm durchaus angemessen erscheint, genau zu prüfen.

Präsident Simson weiß von diesen Telegrammen nichts, eben so wenig sein College Herr v. Bennigsen, der mit seinem Namen nur an seine Freunde aus der national-liberalen Fraction telegraphirt haben will. (Die Schuld an der Abfassung und Absendung dieser und ähnlicher Telegramme trägt ein Bureau-Beamter, der einen nicht von Herrn v. B. ertheilten Auftrag mißverstanden haben soll.)

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Berathung des Gesetz-Entwurfes über die Geldmittel zur Erweiterung der Dienstlocale des Auswärtigen Amtes.

Fürst Bismarck motivirt in längerer Rede, in der er auf die Unzulänglichkeit der gegenwärtigen Wohnungs- und Bureauräume der jetzigen Dienstlocale des Auswärtigen Amtes und die Unzuträglichkeit, welche für ihn und die Beamten daraus entstehen würden, daß bei einem Um- oder Anbau an dem jetzigen Gebäude er vielleicht zwei Jahre lang in Mitten einer Maurerwerkstatt leben müsse, woraus er sich weniger machen würde, wenn er gesunder sei, den Gesetzentwurf.

Abg. v. Hoverbeck will sich der Bewilligung der geforderten Summen nicht widersetzen, muß aber auf die Art hinweisen, wie der Kauf des neuen Hauses, der allerdings bereits geschehen ist, motivirt worden. Man hat hier ein Reugeld von 10,000 Thlr. festgestellt, für den Fall, daß der Reichstag den Kauf nicht bewilligt. Redner möchte constatiren, daß der Modus, ein solches Reugeld festzustellen, nur gerechtfertigt sei, wenn der betreffende Minister, in diesem Falle der Reichskanzler, die feste Absicht hat, für den Fall der Verweigerung der Forderung seitens des Reichstages das Reugeld aus seiner eigenen Tasche zu bezahlen. (Große Heiterkeit.)

Fürst Bismarck. Ich antworte hierauf, daß ich mich unter Umständen dieser Consequenz nicht entziehen kann; aber wenn sie mit solcher Strenge festgehalten wird, dann ist es nothwendig für den Reichstag, darauf zu halten, daß stets nicht nur opferbereite, sondern auch persönlich wohlhabende Kanzler an der Spitze stehen (Heiterkeit); es ist sonst ja ganz unmöglich. Durch das Beispiel des Ankaufs des Marineministeriums hier am Leipziger Platze gewarnt, habe ich mich gehütet, einen definitiven Vertrag abzuschließen; wenn man aber gar nichts abschließt, dann geht die günstige Gelegenheit vorüber. Zu warten, bis der Reichstag gerade zusammenkommt, ist unter Umständen sehr mißlich.

Die Vorlage wird hierauf in zweiter Berathung unverändert angenommen.

Es folgt die erste Berathung eines Gesetzentwurfes betreffend die Feststellung eines Nachtrages zum Haushalts-Etat des deutschen Reiches für 1873.

Präsident Delbrück. Von den 10,763,957 Thlrn., die in diesem Gesetze gefordert werden, entfällt mehr als die Hälfte, nämlich 5,711,547 Thlr. auf die Wohnungszuschüsse für die Officiere und Aerzte des Reichsheeres, die in einem besonderen Gesetzentwurf der Beschlußfassung des Reichstages unterbreitet sind. Ein anderer Posten von 1,604,997 Thlr. für die Verbesserung der Lage der Unterofficiere ist bereits vom Reichstage bewilligt worden. Ein fernerer Posten von 1,250,000 Thlr. für die Kosten der Ausmünzung findet seine Rechtfertigung in dem bis auf einen einzigen Paragraphen schon berathenen Münz-Gesetze. Einige andere Posten werden für Pensionen ehemaliger französischer Militärs und für die Gesandtschaften in Petersburg, Rom und Constantinopel gefordert. Diesen letzten Ausgaben stehen aber entsprechende Einnahmen gegenüber. Die Frage, ob zur Deckung dieser Ausgaben eine Erhöhung der Matricularbeiträge nothwendig sein wird, glaube ich verneinen zu dürfen. Es steht zu hoffen, daß die Ergebnisse der Einnahmeverwaltung für 1873 dieselben oder noch bessere sein werden, als für 1872; für 1872 hat sich eine Mehreinnahme gegen den Etat von 7,312,073 Thlr. gemeinsamen und 2,410,974 Thlr. an nicht allen Bundesstaaten gemeinsamen Einnahmen ergeben.

Von diesem Nachtrags-Etat werden die Etats der Marine, des Reichsheeres und des Invalidenfonds der Budgetcommission überwiesen, der Rest sofort in zweiter Berathung im Plenum behandelt.

Für das Reichskanzleramt werden an fortdauernden Ausgaben 1,020,020 Thlr. bewilligt. Unter den einmaligen Ausgaben befinden sich 385,000 Thlr. als zweite Rate der Kosten der Betheiligung des deutschen Reiches an der Wiener Weltausstellung.

Abg. Löwe bezeichnet es als sehr wünschenswerth, wenn den kleinern selbstständigen Arbeitern, den Kunsthandwerkern, die nicht mit ihren Producten bei der Ausstellung sich betheiligen können, eine Gelegenheit zum Besuch der Ausstellung gegeben würde, wie dies von großen Industriellen für ihre Werkführer u. s. w. geschehe.

Präsident Delbrück. Die Frage ist in Erwägung gezogen; man hat aber nicht geglaubt, von Seiten des Reiches eine Bewilligung eintreten lassen zu können, weil derartige Einrichtungen von den Einzelstaaten ausgehen müßten. Die geforderte Summe beschränkt sich auf solche Kosten, die am besten von einer Centralstelle bestritten werden. Dann haben sich auch nicht blos in Berlin, sondern auch in andern größeren Städten Vereine gebildet, die den Gewerbetreibenden durch freiwillige Beiträge einen Besuch der Ausstellung ermöglichen wollen. Das hat davon abgehalten, die Reichsfonds für diesen Zweck in Anspruch zu nehmen.

Darauf werden die einmaligen Ausgaben, unter denen sich noch 50,000 Thlr. für die Kosten der Expedition zur Beobachtung des Vorüberganges der Venus vor der Sonne im Jahre 1874 befinden, im Gesammtbetrage von 510,000 Thlr. bewilligt.

Unter den einmaligen Ausgaben befinden sich auch 250,000 Thlr. zum Ankauf eines Botschaftshotels in Petersburg. Nach einer kurzen Discussion hierüber zwischen Hoverbeck und Bismarck wird die Position genehmigt.

Bei Titel 8 (1. Rate zum Bau eines deutschen Krankenhauses in Constantinopel) erinnert Abg. v. Bunsen an die in Constantinopel befindliche deutsche Colonie, die wohl eine Unterstützung für die von ihr gegründete Schule verdiene, zumal der Reichskanzler aus ihr eine Pflanzschule für Dolmetscher zu machen hofft. Der Einwand, daß dann ein Kirchthurmrennen anderer Colonien eintreten würde, ist wohl nicht durchschlagend. Wenn ähnliche Verhältnisse wie in Constantinopel eintreten, werden ähnliche Bewilligungen gemacht werden müssen.

Commissar v. Bülow. Das Auswärtige Amt ist davon überzeugt, daß die deutschen Schulen im Auslande zu subventioniren seien. Ob die Schule in Constantinopel eine einmalige oder fortlaufende Unterstützung erhalten soll, ist noch eine offene Frage. Die Regierung ist aber Willens, das Erforderliche zu thun.

Hierauf wird die Position genehmigt.

Zum Nachtragsetat für den Rechnungshof (300 Thlr. Gehaltserhöhung für den Director) beantragt Abg. Richter folgende Resolution. „Der Reichstag wolle den Reichskanzler auffordern, 1. im Einvernehmen mit der preußischen Staatsregierung die Kassen-Etats des Rechnungshofes und der Ober-Rechnungskammer, entsprechend den besondern Haushalts-Etats, zu trennen; 2. die Besoldungen der einzelnen Räthe des Rechnungshofes specialisirt in den Etat aufzunehmen.

Abg. Richter führt aus, daß bei einer Verschmelzung der beiden Kassenetats das Reich zum Vortheil Preußens Schaden erleide insofern, als die preuß. Beamten, was die Anciennität betreffe, die besser Besoldeten seien.

Geh. Rath Michaelis hält eine Trennung der Kassen-Etats erst dann für möglich, wenn das Rechnungshof-Gesetz zu Stande gekommen sei, bis jetzt handle es sich nach dem Wortlaut des Gesetzes nur um eine Behörde.

Der Nachtrags-Etat wird der Budget-Commission überwiesen, die übrigen Nachtrags-Etats für 1873, ebenso die gestern mit Rücksicht auf dieselben von der Tagesordnung abgesetzten Positionen des Etats für 1874 werden ohne Debatte genehmigt.

Es folgt der Etat der Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern. Zu demselben beantragen: 1. Abg. v. Behr (Greifswald) die Aufhebung des Eingangszolles auf Eisen und Stahl; 2. die Abgg. Stumm und v. Kardorff unter Ablehnung des Behr'schen Antrags, den Reichskanzler aufzufordern, dem nächsten Reichstage über eine umfassende, insbesondere auf eine weitere Ermäßigung der Eisenzölle gerichtete Reform des Zolltarifs Vorlage zu machen.

Abg. v. Behr (Greifswald) hält es nach den ausführlichen Erörterungen in der Generaldebatte über den Etat nicht mehr für nöthig, principiell für die Aufhebung des Eisenzolles zu plaidiren. Es lägen ja auch schon eine Masse von Petitionen aus dem Elsaß vor, die gewiß alle gebührende Beachtung finden würden. Die Besorgniß, daß die deutsche Eisenindustrie die Aufhebung des Eisenzolles nicht ertragen könne, sei völlig unbegründet, es seien im letzten Jahre 3 Millionen Centner Roheisen und 600,000 Centner Stabeisen exportirt und überhaupt sechs Mal mehr Schienen exportirt, als importirt.

Abg. Lasker beantragt mit Rücksicht auf die bisher unwiderrufenen Zeitungsnachrichten, daß eine Vorlage über diese Materie noch seitens des Bundesraths bevorstehe, und mit Rücksicht auf die bedrängte Zeit des Hauses Absetzung der beiden Anträge von der Tagesordnung.

Präsident Delbrück. Der betreffende Bundesrathsausschuß beräth allerdings eine Vorlage, welche zum Theil dieselben Gegenstände berührt, wie der Antrag v. Behr; dieselbe wird in kurzer Zeit dem Plenum des Bundesraths zugehen und dann voraussichtlich auch sehr bald an den Reichstag gelangen.

Abg. Braun (Gera) kann dem Antrag Lasker erst zustimmen, wenn vom Bundesrathstische die bestimmte Versicherung gegeben wird, daß die Regierungsvorlage in so kurzer Zeit an den Reichstag gelangt, daß derselbe sie noch bis Ende des Monats durchberathen könne.

Die Abgg. Stumm und v. Kardorff bitten im Interesse der Billigkeit, den Antrag Lasker nicht anzunehmen, damit auch Gegner des Behr'schen Antrages zu Worte kämen.

Der Antrag Lasker wird darauf abgelehnt und die Debatte über den Antrag v. Behr fortgesetzt.

Abg. Stumm beschuldigt den Abg. v. Behr und seine Freunde, in ihrer Steuerpolitik den reinen Dilettantismus zu treiben und dadurch die verderblichsten Rückwirkungen auf die Lage der Industrie zu üben. Die Lage der Eisen-Industrie sei allerdings vor zwei Monaten günstig gewesen: da seien aber die Herren mit ihrem Antrage auf Aufhebung der Eisenzölle gekommen, der auf die Logik hinauslaufe: Die Industrie ist lebensfähig, also können wir ihr den Kopf abhauen! In Folge dieser Agitation sei eine große Baisse eingetreten und der Moment zur Aufhebung dieses Zolles so ungünstig wie nur denkbar. (Redner spricht über eine Stunde unter der Unruhe und wiederholten Heiterkeit des Hauses.) Er schließt mit der Bitte, den Antrag Behr's abzulehnen. Wenn das Haus ihn dennoch acceptire . . . (Heiterkeit). Er verstehe nicht, wie man lachen könne über die schwerste Gewissensfrage, welche je der Entscheidung des Reichstages unterbreitet gewesen sei. (Wiederholte Heiterkeit.)

Auf Antrag der Abgg. Lasker und v. Bernuth wird nunmehr der Antrag v. Behr von der Tagesordnung abgesetzt.

Präsident Simson will u. A. auch das Militär-Organisationsgesetz morgen zur ersten Berathung stellen, damit der Bundesrath und das Haus Klarheit darüber gewinnen, ob das Gesetz noch in dieser Session zu Stande zu bringen sei. Die Abgg. v. Bennigsen, Windthorst (Meppen) und Lasker erklären dies geradezu für ein Ding der Unmöglichkeit mit Rücksicht auf die Schwierigkeit der Materie, die eine vielwöchentliche commissarische Vorprüfung erfordert.

Zugleich wird vom Abg. v. Bennigsen daran erinnert, daß eine für das Zustandekommen des Gesetzes sehr nachtheilige Verspätung Seitens des Bundesrathes verschuldet worden sei.

Abg. v. Helldorf entgegnet, daß die Vorlage seit 26 Tagen in den Händen der Mitglieder sei, und daß seine conservativen Freunde für die erste Berathung derselben am Mittwoch stimmen werden. Abg. Friedenthal wünscht, wie der Vorredner, daß das Gesetz jetzt zu Stande komme, glaubt aber eben um dieses Interesses willen von der ersten Berathung absehen zu müssen, indem er dabei unter mehrfachem Widerspruch eine Herbstsession in Aussicht nimmt.

Das Resultat ist, daß das Militärgesetz von der nächsten Tagesordnung mit allen Stimmen gegen die der äußersten Rechten abgesetzt wird und damit aus dem Arbeitspensum der jetzt in den Sommer auslaufenden Session definitiv ausscheidet.

Deutschland.

Karlsruhe, 15. Juni. S. K. H. der Großherzog haben unterm 11. d. M. gnädigst geruht, den Revisor Heinrich Montanus bei der Steuerdirection auf sein Ansuchen wegen vorgerückten Alters und körperlicher Leiden in den Ruhestand zu versetzen.

Karlsruhe, 13. Juni. Der heutige Staatsanzeiger Nr. 20 enthält (außer Personalnachrichten):

I. Unmittelbare allerhöchste Entschließungen Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs. Die Einberufung des landständischen Ausschusses zur Prüfung der Staatsrechnungen für das Jahr 1872 auf Freitag den 27. d. M. betreffend.

II. Verfügungen und Bekanntmachungen der Staatsbehörden. 1) Bekanntmachungen des Ministeriums des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen: die Ergänzung der Notarskammern 2) Des Ministeriums des Innern: a. das amtliche Verkündigungsblatt für den Amts- und Amtgerichtsbezirk Eberbach betreffend (Badische Neckar-Zeitung); b. die Dienstprüfung der Lehramts-Praktikanten betreffend. Bei der am 5. und 6. v. M. abgehaltenen Dienstprüfung als bestanden erklärt Emil Häusser und Synesias Koch. 3) Der Großh.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Kreis- und Hofgerichte Freiburg, Mannheim und Offenburg: die Neuwahl der Notariatskammern betreffend.

III. Diensterledigung. Der Notariatsdistrikt Langensteinbach.

Karlsruhe, 14. Juni. Das Gesetzes- und Verordnungsblatt Nr. 11 enthält Verordnungen und Bekanntmachungen: 1) des Ministeriums des Innern: die Arzneitaxe betreffend; 2) des Finanzministeriums: die Gebühren der Vollstreckungsbeamten bei steuerlichen Vollstreckungen betreffend.

✱ **Karlsruhe**, 13. Juni. Der Bismarck'sche Preßgesetzentwurf will bekanntlich alle und jede Verantwortlichkeit dem Redacteur allein überlassen, so daß diesem es nichts mehr nutze, wenn er die Namen der Correspondenten angebe, die ihn falsch berichtet und auf ihre falsche Angaben hin sich in unstatthafte Raisonnements eingelassen haben. Gegen diese widersinnige Bestimmung bemerkt die Berliner Volkszeitung mit Recht, daß ein Redacteur, wenn er auch den ganzen Inhalt eines vom Richter für strafbar erkannten Artikels kennt, dennoch oft ganz außer Stande ist zu beurtheilen, ob ihm ein Correspondent oder Mitarbeiter eine wahre oder eine irrige oder gar verleumderische Mittheilung gemacht hat. Ihm liege häufig die Pflicht ob, auffallende Thatsachen, auch wenn sie für Privatleute oder Behörden gravirend seien, zu veröffentlichen, ohne daß ihm Zeit gegönnt sei, sich von der vollen Wahrheit der Thatsachen eine Gewißheit zu verschaffen. Damit stimmt auch die Köln. Ztg. überein, indem sie beifügt: „Sehr oft bedarf es selbst in gerichtlichen Verhandlungen langer Zeugenvernehmungen, um festzustellen, ob eine Verleumdung, eine Entstellung oder eine wahre Thatsache vorliegt. Will man den Redakteur wie den „„Thäter““ behandeln, so benimmt man ihm die Möglichkeit, Thatsachen mitzutheilen, deren Bekanntmachung oft sehr im Interesse der Regierung selber liegt.“ Der Bundesrathsausschuß soll sich auch in diesem Sinne gegen die Auffassung der preußischen Regierung erklärt haben. Wie bekannt, hat sich die bayerische Regierung für ein freisinniges Preßgesetz, also gegen das Bismarck-Goltz'sche Elaborat ausgesprochen; es scheint, daß dieselbe, je mehr das Bismarck'sche System in unfahrbare Bahnen den Staatswagen hineinführt, sich durch ein wahrhaft freisinniges Verhalten Sympathien in Deutschland erwerben will. Auch die Sprünge auf kirchlich-politischem Gebiet macht man bekanntlich in München nicht mehr mit, obgleich Herr v. Lutz der Erste seiner Zeit war, der die preußische Regierung zu ihrem jetzigen Vorgehen eingeladen und aufgefordert hatte. Der armselige Altkatholicismus, der in München vordem seine Hauptstütze gefunden hatte, ist dort als rettungslos und abgestanden gänzlich aufgegeben, und es ist unverkennbar, daß man sich dort der Kirche wieder zu nähern sucht, wie dies auch in Wien der Fall ist und wie dies noch in erhöhtem Grade stattfinden dürfte, je mehr man in Berlin aus politischen Gründen darnach trachtet, die antikatholische Strömung flott zu erhalten.

◎ **Constanz**, 12. Juni. Wohl nirgends im Land tritt der Gegensatz zwischen den treuen Katholiken und ihren Feinden so hervor, wie hier: entschiedenes Festhalten an der Kirche und ruhiges, leidenschaftsloses Handeln bei den erstern, unruhige Hast, Gehässigkeit und Unduldsamkeit bei den letzteren. Wie wurden die abhängigen Leute bei der famosen Abstimmung am 10. Februar gedrängt und gepreßt! Wie wurde seit langer Zeit Alles aufgeboten, die Katholiken ihrem Bischof zu entfremden und von der Kirche fernzuhalten! Wie wurde Alles versucht, um die Frohnleichnamsprocession zu hintertreiben! Auf den Hohn der Sektirer geben aber die Katholiken hier gehörig Antwort. Noch nie waren Ostercommunionen so viele wie heuer; noch niemals waren die Maiandachten so anhaltend und zahlreich besucht, wie dieses Jahr; noch nie seit Jahren waren die Männervereinsversammlungen so eifrig frequentirt, wie seit einem Vierteljahre. Das beste Zeugniß aber für das treue Verhalten der Katholiken gab sich bei der Firmungsfeier kund. Manche Augenbraunen haben sich finster zusammengezogen, als sie den herrlichen Empfang des Bischofs sahen; Manchen hat das tausendstimmige Hoch unangenehm in die Ohren geklungen, welches am Abend gelegentlich des musikalischen Fackelständchens auf den Bischof und den heiligen Vater ertönte und bei der Abfahrt des hochwürdigsten Herrn wiederholt wurde; der Constanzerin selbst fuhr der grüngelbe Aerger über die Begeisterung des katholischen Volkes für seinen Bischof in die ärmliche Feder und gab der erstaunten Welt einen Bericht, welcher zur Wirklichkeit paßte, wie die Faust auf das Auge. Heute hat die Frohnleichnamsprocession, welche bei herrlichem Wetter durch die reich geschmückten Straßen zog, wieder gezeigt, was katholische glaubensvolle Liebe auch ohne polizeiliche Hilfe, frei aus dem Herzen heraus vermag. Denn auch diese öffentliche und so überaus sinnige Feier war großartiger an Betheiligung und Haltung als je zuvor. So stimmen die Katholiken ab, öffentlich und ungezwungen, frei und freudig. Das thut aber auch vor Allem Noth und hilft mit Gewißheit: offene und freimüthige Entscheidung für die Kirche, ihre Freiheit und ihr Recht, bei religiösen Feierlichkeiten und bei politischen Wahlen.

= **Aus dem Wutachthal.** Seit einigen Wochen ist die Eisenbahn von Oberlauchringen bis Stühlingen eifrigst in Angriff genommen und soll innerhalb eines Jahres vollendet werden. Die Schwierigkeiten sind auf dieser Strecke gering, anders ist es mit der Fortsetzung der Bahn bis Donaueschingen. Hier ist der Bahnbau des theilweise sehr engen und steilen Thales und besonders des äußerst lockeren Bodens wegen außerordentlich schwierig. Es werden wohl noch manche Jahre vergehen, bis die Wutachthalbahn in Donaueschingen einmündet. Von Böringen bei Schaffhausen über Schleitheim nach Stühlingen wollen die Schweizer eine Verbindungsbahn herstellen.

⁂ **Aus Baden**, 13. Juni. Die „Badische Correspondenz“ redet in einem „Zu den Wahlen“ überschriebenen Artikel von dem „Mißbrauch des göttlichen Wortes“ durch „herrschsüchtige und gewissenlose Priester“, und fordert dann ihre Gesinnungsgenossen auf zur „Zurückweisung der Verläumdungen und Verzerrungen, mit denen die Kanzel die Bestrebungen von Kaiser und Reich den Gläubigen vor Augen führt.“ Die „Badische Correspondenz“ redet von unserm badischen Lande, wo ja auch der Kanzelparagraph (§ 130a des deutschen Str.G.B.) gilt, unter welchen ohne Zweifel „Verläumdungen gegen die Bestrebungen von Kaiser und Reich“ von der Kanzel herab fallen. Es ist uns noch kein Fall im Badischen bekannt geworden, daß ein Geistlicher deßwegen wäre bestraft worden. Das geheime nationalliberale Organ scheint solche strafbare Fälle zu kennen, sonst könnte es ja unmöglich seine Gesinnungsgenossen zu dem Obigen auffordern; denn auf bloße Muthmaßung hin kann man doch einem ganzen Stande — hier dem katholischen Clerus — einen so schwerwiegenden Vorwurf nicht machen: dazu muß man Thatsachen, die constatirt sind, an der Hand haben. Die „Badische Correspondenz“ wird daher hiermit allen Ernstes aufgefordert, uns aus dem Großherzogthum Baden wenigstens einen Fall anzuführen, wo ein „herrschsüchtiger und gewissenloser Priester“ auf der Kanzel „die Bestrebungen von Kaiser und Reich mit Verläumdungen und Verzerrungen den Gläubigen vor Augen geführt“ haben soll. Wir verlangen bestimmte Angaben, keine allgemeinen vagen Behauptungen. Falls die „Badische Correspondenz“ keinen derartigen Fall aus unserm Lande anzuführen wüßte, müßte sie den Vorwurf einer „schmählichen, durch Nichts begründeten Verläumdung gröblichster Art“ ruhig hinnehmen. Auch die „Karlsruher Zeitung“ und die anderen Blätter, welche den citirten Artikel abgedruckt, sind eingeladen, der „Badischen Correspondenz“ suchend und helfend zur Seite zu stehen.

? **Heidelberg**, 11. Juni. Heute Nachmittag 3^{30} kam der schwarze Schah von Persien mit zahlreichem Gefolge auf der Reise nach Baden-Baden hier an. Am Bahnhof fand officieller Empfang durch die großh. Staatsbehörden und Vertreter der akademischen Corporation statt. Nach beendetem Empfang stellte sich der Schah bis zur Abfahrt des Zuges mit äußerst geistreicher Miene am Fenster des Salonwagens zur Schau: schwarze Haare, schwarze Augen, schwarzen Schnurrbart, dunkler Teint, jüdische Gesichtsformation, auf der großen Nase eine schwergoldene Brille, der „intelligente“ Kopf mit aus einem dem Schafspelz ähnlichen schwarzen Stoff bestehender kurzer Kappe bedeckt, die kleinen Hände mit weißen Glacés umwickelt, schwarzer an der Brustseite dicht mit Perlen und Smaragden, an den Enden der Aermel mit je 3 Diamanten (etwa 1 Zoll Durchmesser) besetzter Rock, unter dessen ebenfalls mit Perlen und Brillanten geschmücktem Kragen verschönert, ein weißes Hemd hervorschaute — das war so die äußere Erscheinung. Geschmacklose Kleidung im Bunde mit einer gleichgültigen Miene ließen das Gefolge der persischen Majestät in gar ärmlichem Lichte erscheinen.

Die Empfangsstimmung beim Publikum war kühl; als bei Wegfahrt des Zuges einige Anwesende, denen wahrscheinlich die afrikanische Hitze das Hirn erweicht hatte, den persischen Despoten mit einem „Lebehoch“ beehren wollten, fuhr ein brausendes Zischen über den ganzen Perron. (Der Servilismus einzelner Individuen ist doch weiß Gott! stark genug in die Aehren geschossen! D. R.)

Kaiserslautern, 10. Juni. Wie seiner Zeit berichtet wurde, hat das hiesige k. Landgericht in seiner Sitzung vom 14. Mai den Buchdrucker Philipp Rohr von hier, Verleger der liberalen „Pfälzischen Volkszeitung“, wegen Betrugs und Betrugsversuchs gegenüber einigen Hamburger Lotterie-Collecteuren, zu zwei Monaten Gefängniß und in die Kosten verurtheilt. Der Verurtheilte hat Berufung ergriffen, welche in der heutigen Sitzung des k. Bezirksgerichts zur Verhandlung kam. Herr Rohr war nicht erschienen, der Vertheidiger aber plaidirte auf Geistesstörung und Unzurechnungsfähigkeit seines Clienten und producirte zu diesem Zwecke ein ärztliches Zeugniß. Das Gericht ging jedoch nicht darauf ein, wies vielmehr die Berufung ab und bestätigte unter theilweise schärferer Motivirung das erstrichterliche Erkenntniß. (Der Herr Vertheidiger wäre vielleicht mit der Begründung der Unzurechnungsfähigkeit glücklicher gewesen, wenn er dem Gerichte Artikel vorgelesen hätte, die der Angeklagte früher in der „Pfälzer Volkszeitung“ verübt hat.)

Darmstadt, 11. Juni. Ueber das traurige Ereigniß in der großherzoglich hessischen Familie, nämlich über den durch einen Sturz vom Fenster erfolgten Tod des kleinen Prinzen Friedrich Wilhelm, wird der Fr. Pr. aus Darmstadt nachträglich berichtet: Donnerstag, 29. Mai, um 8 Uhr früh, brachten die Kammerfrauen wie gewöhnlich die Kinder in das Schlafzimmer ihrer Mutter, der Prinzessin Alice. Es kamen Prinz Ernst, Prinz Friedrich Wilhelm und die ganz kleine Prinzessin Victoria. An das Schlafzimmer stößt das Badezimmer, in welches Ernst sofort hineinlief. Da die Prinzessin wußte, daß das Fenster des Badezimmer offen war, so lief sie ihm nach. Die beiden anderen Kinder blieben, da sich mittlerweile auch die Kammerfrauen entfernt hatten, allein. Während der kurzen Abwesenheit ließ der kaum dreijährige Friedrich Wilhelm ein Spielzeug aus dem Fenster fallen. Bei dem Bemühen, es noch zu erhaschen, bekam das arme Kind das Uebergewicht und fiel aus dem Fenster in einer Höhe von etwa 20 Fuß zur Erde. Die unglückliche Mutter sah noch ihr Kind in die Tiefe stürzen. Sie stieß einen furchtbaren Schrei aus und Alles rannte herbei. Leider waren alle Bemühungen, das Kind zu retten, vergeblich; gegen 11 Uhr Vormittags verschied es, ohne zum Bewußtsein zurückgekehrt zu sein.

Berlin, 13. Juni. Mehreren Nachrichten aus Sedan zufolge hat ein Attentat gegen eine Schildwache stattgefunden. Der Thäter ist bisher unentdeckt. Die Commandantur hat strenge Maßregeln angeordnet und verfügt, daß die Wirthshäuser um 9 Uhr geschlossen sind. Nach $10^1/_2$ Uhr dürfen die Einwohner sich nicht ohne besondere Erlaubniß in den Straßen aufhalten.

Berlin 14. Juni. Dem „Deutschen Wochenblatt“ zufolge gilt es in Regierungskreisen für wahrscheinlich, daß die Herbstsession des Reichstages im November beginnen und den December hindurch dauern soll, worauf der preußische Landtag kurz vor dem verfassungsmäßigen letzten Termin, im Januar einberufen würde. — Demselben Blatte zufolge werden in dem von Deutschland mit Persien abgeschlossenen Vertrage den deutschen Consuln größere Rechte und dadurch dem deutschen Handelsstande größere Rechtssicherheit gewährt.

Berlin, 14. Juni. Die Bundesrathsausschüsse für Justiz, Verkehr und Handel haben der Gewerbeordnungs-Novelle betr. die Errichtung von Gewerbegerichten und die Bestrafung des Contractbruches zugestimmt. Die Zustimmung des Bundesraths ist zweifellos. Der Kaiser und die Kaiserin beziehen heute Babelsberg.

Berlin, 14. Juni. Reichstagssitzung. Die Uebereinkunft mit Frankreich betr. die Hoheitsrechts-Regulirung in einigen Gemeinden passirt die erste und zweite Lesung. Der Gesetzentwurf betr. die Veränderung der Wahlkreise im Regierungsbezirke Oppeln wird in dritter Berathung angenommen, die Denkschrift über die durch den Krieg veranlaßten außerordentlichen Ausgaben und Einnahmen pro 1870 an die Rechnungscommission verwiesen. Der Gesetzentwurf über das Reichseisenbahnamt wird in dritter Berathung in der Fassung des Abg. Lasker, für welche Staatsminister Delbrück sich ausspricht, mit großer Majorität genehmigt. Der Antrag Mosle's betreffs der Abänderung des Consulatgebührentarifs wird an eine Commission von vierzehn Mitgliedern verwiesen, nachdem er von Eggert im

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Interesse des Bremer Lloyd und der Hamburger Dampfbootgesellschaft bekämpft worden war.

Berlin, 14. Juni. Die Erklärung der unterzeichneten Redakteure in Sachen des Reichspreßgesetzentwurfs, an welche sämmtliche Redaktionen der deutschen Zeitungen sich anzuschließen aufgefordert werden, lautet:

Die preußische Regierung hat dem Bundesrathe den Entwurf eines Reichsgesetzes über die Presse vorgelegt, dem zwar bereits, wie wir zuversichtlich hoffen, sein Urtheil gesprochen ist, dessen bloßes Zutagetreten aber auf das Schmerzlichste nicht von der Presse allein, sondern von der ganzen Nation empfunden worden ist.

Der Entwurf steht im Widerspruch mit den Grundsätzen unseres öffentlichen Rechts und mit den berechtigten Ansprüchen der Presse.

Er hält Einrichtungen aufrecht, welche sich nach vieljährigen Erfahrungen als schwere Uebelstände herausgestellt haben, und trifft Anordnungen, welche die Stellung der Presse wesentlich verschlimmern.

Die polizeiliche Beschlagnahme ist unverändert beibehalten und damit praktisch der periodischen Presse die rechtliche Grundlage ihrer Existenz entzogen.

Die Definition der Vergehen und Verbrechen (§ 20) entbehrt der scharfen Begrenzung, welche die erste Anforderung an ein Strafgesetz ist, und stellt statt dessen allgemeine Sätze auf, welche nach subjectiver Willkür gedeutet werden können.

Die Bestimmung des Entwurfs über die Verantwortlichkeit des Redakteurs (§ 22), der — abgesehen von der Frage der Verschuldung — mit der Strafe des „Thäters" belegt werden soll, wiederspricht allen strafrechtlichen Grundsätzen, welche zur Strafbarkeit den Dolus oder die schuldvolle Fahrlässigkeit verlangen.

In dieser Weise werden theils neue — unbestimmte — Vergehensarten eingeführt, theils bestehende Strafbestimmungen wesentlich verschärft (§ 20, letzter Absatz), und so die Organe der Presse unter Ausnahmegesetze gestellt. — Dazu treten ungerechte Polizeivorschriften mancherlei Art, z. B. die Aufnahme von Berichtigungen bis zum doppelten Raum des zu berichtigenden Artikels u. s. w.

Die Deutsche Presse, die sich ihres täglich wachsenden Einflusses wohl bewußt ist, will nicht Straflosigkeit für das veröffentlichte freie Wort, wenn es wirklich ein straffälliges ist. Sie will der strengen Verantwortung von den allgemeinen Strafgesetzen des Reiches sich nicht entziehen. Aber protestiren muß sie gegen Ausnahmebestimmungen, deren maßlose Vieldeutigkeit und Dehnbarkeit auch die ernsteste wissenschaftliche Erörterung allgemeiner Wahrheiten, auch die patriotisch wohlgemeinteste Beleuchtung öffentlicher Zustände Tag für Tag, wo nicht der Verurtheilung, doch der Verfolgung durch die Organe eines unberechenbaren administrativen Ermessens aussetzen würden.

Man bietet in dem Entwurf die Aufhebung der Stempelsteuer und Cautionen. So wünschenswerth diese materiellen Erleichterungen sind — die Presse weist es weit von sich, die Beseitigung von längst als ungerecht anerkannten Lasten durch eine ihrer unwürdige, rechtlose Stellung zu erkaufen. Ihre ideale Aufgabe einer freimüthigen Besprechung der öffentlichen Zustände steht ihr höher, als materielle Vortheile.

Allseitig, auch von den Regierungen, ist die patriotische Haltung anerkannt, welche die deutsche Presse in jeder ernsten Zeit, zuletzt noch während des französischen Krieges eingehalten hat. Die seltenen Ausnahmefälle bestätigen nur die Regel. Um so weniger hatte die deutsche Presse es verdient, von einem Gesetzentwurfe bedroht zu werden, dessen Durchführung jedem selbstständigen Manne die Leitung eines politischen Blattes unmöglich machen und die Presse in ihrem freien, kritischen Beruf vernichten würde.

Vossische Zeitung: Dr. H. Kletke. National-Zeitung: Dr. Zabel. Spener'sche Zeitung: Dr. Wehrenpfennig. Volkszeitung: Sachse. Tageblatt: R. Menger. Ulk: Haber. Tribüne: A. Mützelburg. Berliner Wespen: J. Stettenheim. Gegenwart: Paul Lindau. Deutsche freie Zeitung: Krämer. Demokratische Zeitung: Dr. Stern. Gerichtszeitung: Jüterbogk. Bürgerzeitung: Beutner. Staatsbürgerzeitung (A. Held'sche): Detto Müller. Berliner Wochenschrift: Dr. Lewinstein. Deutsches Wochenblatt: Dr. Kayßler. Saling's Börsenblatt: Braun. Berliner Börsen-Courier: G. Davidsohn. Bank- und Handelszeitung: Matz. Germania: Cremer. Berliner Figaro: Cohnfeld. Berliner Börsenzeitung: Brockhoff. Berliner Montagszeitung: Glaßbrenner. Neue Börsenzeitung: Gebert.

Königsberg, 13. Juni. Seitens der Polizeibehörde ist gestern Abend die hiesige Maurer-Strikekasse mit Beschlag belegt worden.

Ausland.

Wien, 11. Juni. Daß seit dem Sturze Thiers' zwischen Berlin und Rom lebhafte Verhandlungen geführt worden sind, ist bekannt. Nun läßt sich der „Pester Lloyd", das wohlbekannte Organ des Grafen Andrassy von hier schreiben: „Ein seit längerer Zeit erwartetes politisches Ereigniß von bedeutender Wichtigkeit ist nun eingetreten und Berichte aus Rom haben davon Kunde gegeben. Der Allianzvertrag zwischen dem deutschen Reich und Italien ist abgeschlossen. Seitdem in der Versailler Nationalversammlung die Rechte sich fest aneinander schloß und immer deutlicher die Tendenz hervortrat, nach der Verdrängung Thiers' vom Präsidentenamte den Staat in eine conservative Strömung zu leiten, wurden von Seiten der italienischen Regierung, welche ein Wiederaufleben der clericalen Velleitäten der französischen Legitimisten besorgte, sofort in Berlin Verhandlungen eingeleitet, welche eine Verständigung der deutschen und italienischen Regierung für gewisse Fälle sichern sollten. Die deutsche Regierung kam dem italienischen Gesandten mit voller Bereitwilligkeit entgegen und ein beiden Regierungen sehr willkommener Umstand diente dazu, den Abschluß der Verhandlungen, die namentlich von Seite Italiens sehr dringlich geführt wurden, zu beschleunigen. Man richtete es nämlich von preußischer Seite so ein, daß der eben in Wien weilende Kronprinz die Rückreise über Italien machte, allerdings auf einem recht weiten Umweg, den man aber dadurch erklärte, daß der Kronprinz sich einige Tage in Italien erholen und die Brenner-Tour kennen lernen wolle. In Mailand nun traf der Kronprinz des deutschen Reichs mit dem Kronprinzen Humbert und mehreren italienischen Ministern zusammen, und die Berichte, welche nach Rom und nach Berlin erstattet wurden, machten es möglich, daß sofort ein förmlicher Vertrag zwischen dem deutschen Reiche und Italien abgeschlossen wurde, welcher für die Haltung der beiden Mächte in einzelnen, beide betreffenden Fällen die präcisesten Bestimmungen enthält."

Wien, 14. Juni Bei der heute stattgehabten feierlichen Grundsteinlegung zum neuen Rathhaus durch den Kaiser hielt der Bürgermeister eine Ansprache, auf welche der Kaiser erwiederte, er sei fest überzeugt, daß die sicherste Schutzwehr des Thrones und des Landes die Liebe und die Treue seiner Bürger sei. Auf ein in der Nähe zu erbauendes Parlamentsgebäude anspielend sagte der Kaiser: Möge jenes innerhalb der Grenzen seines Kreises nutzenbringend wirken. Die Worte des Kaisers wurden wiederholt mit stürmischen Hochs begleitet. — Die Nachricht eines Falliments des Hauses Haas und Sigl ist absolut unbegründet.

Rom, 19. Juni. Die „Italienischen Nachrichten" dementiren die Nachricht des „Pester Lloyd", daß während der Anwesenheit des deutschen Kronprinzen in Mailand ein italienisch-deutscher Allianzvertrag abgeschlossen sei. Die Begegnung des deutschen Kronprinzen mit dem Kronprinzen Humbert, welche übrigens nicht in Mailand, sondern in Venedig stattfand, hatte, den „Italienischen Nachrichten" zufolge keinerlei politischen Zweck, sondern war nur ein Act der Höflichkeit und Freundschaft. (?) Der Papst empfing gestern die Generale und Prokuratoren der religiösen Körperschaften; der Jesuitengeneral verlas eine Adresse.

Paris, 13. Juni. Die Behauptung der Journale, daß der Minister des Aeußern, Herzog v. Broglie, ein vertrauliches diplomatisches Rundschreiben habe ergehen lassen, wird von sonst gutunterrichteter Seite entschieden dementirt. — Das Gericht verurtheilte wegen Betrugs die Banquiers Millaud und Cohen zu zweijährigem, Pereire zu einjährigem Gefängniß.

Paris, 15. Juni. Das von der Regierungspartei gefaßte, später wieder aufgegebene Project, Mac Mahon die Präsidentschaft auf fünf Jahre zu übertragen, wird jetzt vom linken Centrum und der Linken befürwortet und vorgelegt werden. (?) Arnim wohnte dem gestrigen glänzenden Empfangsabend Broglie's bei.

Paris, 15. Juni. Der Oberhandelsrath votirt einstimmig die Aufhebung der Handelsverträge mit England und Belgien.

London, 13. Juni. Zwischen den hiesigen Bau-Unternehmern und ihren Arbeitern sind Differenzen ausgebrochen. Die letzteren verlangen eine Lohnerhöhung, worauf erstere erklärten, für den Fall eines Strikes ihre Werkstätten ganz schließen zu wollen.

Madrid, 13. Juni. In der heutigen Cortessitzung wurde Nicolaus Salmeron mit 176 gegen 74 Stimmen, welche auf Figueras fielen, zum Präsidenten gewählt. Die Regierung legte ein Programm vor, wonach sie die Trennung zwischen Staat und Kirche, die Reorganisation der Armee, die Abschaffung der Sclaverei und andere sociale Reformen beabsichtigt. In kürzester Frist soll eine Commission zur Feststellung der Demarcationslinien der einzelnen föderirten Staaten ernannt werden. Das Budget wird erst nach der Organisirung der Bundesstaaten vorgelegt. Das Deficit beträgt voraussichtlich 2800 Millionen Realen.

Petersburg, 14. Juni. General Werewkin hat am 20. Mai Kungrad besetzt, nachdem die Chivanesen geflohen waren, und setzt seinen Marsch nach Chodjeli und Kunia — Urgrendsch fort. Die Aralsee-Flottille mußte wegen flachen Wasserstandes vor Kungrand liegen bleiben.

Lokales.

((Vom Schwarzwald. Einer der schönsten Ausflüge dürfte wohl der sein, welcher von Freiburg aus auf den Erzkasten (Schauinsland), allwo die großartigste Aussicht auf die Umgegend das Auge erquickt, und dann weiter auf den Feldberg führt, wo der südliche Schwarzwald und die Gegend von den Hornisgründen bis zum Montblanc und vom Vorarlberg bis zu den Vogesen bei hellem Wetter überblickt wird. Vom Feldberg führt ein sehr bequemer Weg über's Bärenthal an den Titisee. Auf dessen östlicher Seite wurde voriges Jahr ein Curhaus in höchst geschmackvoller Weise erbaut und seit Juni dieses Jahres eröffnet. Da immer mehr erkannt und gefühlt wird, wie kräftigend die Schwarzwälder Sommerluft auf die körperliche Constitution einwirkt, so dürfte ganz besonders dieses Curhaus einer starken Frequenz sich zu erfreuen haben, da hier zugleich noch Seebäder genommen werden, und ein reger Verkehr mit den vielen während des Sommers im nahe gelegenen Hinterzarten sich aufhaltenden Fremden und den auf den Feldberg Reisenden unterhalten werden kann. Vom Titisee nimmt man den Weg nach Freiburg über das Höllenthal, wo die großartigsten Naturscenen, die sonst nur in der Schweiz gesehen werden, dem Wanderer sich darstellen.

* Aus Offenburg und Baden wird uns berichtet, daß die Frohnleichnamsprocession unter großer Betheiligung stattgefunden hat und daß beide Städte bei dieser Gelegenheit gezeigt haben, daß das katholische Bewußtsein bei ihnen lebendig ist.

Landwirthschaftliches.

* Karlsruhe, Mitte Juni. Aus Oesterreich wird übereinstimmend berichtet, daß dort der Stand der Früchte ein vortrefflicher sei und ein gesegnetes Jahr in Aussicht stelle. Aus Frankreich dagegen lauten die Nachrichten in dieser Beziehung minder günstig, namentlich wird aus dem Norden geklagt. In Deutschland sind die Nachrichten ziemlich widerspruchsvoll, und was unser Land Baden betrifft, so wäre es uns sehr erwünscht, zahlreiche und zuverlässige Mittheilungen über die Aussichten des Landmanns zu erhalten.

∴ Vom Randen. Mit Ausnahme davon, daß das Wachsthum in den Gärten noch ziemlich zurück ist, können wir über Frostschaden nicht klagen. Die Feldfrüchte stehen sehr schön, der Graswuchs ist reichlich und die Obstbäume, welche herrlich geblüht, haben viel angesetzt, besonders die Birnen, weniger die Kirschen und Zwetschgen. Die Aepfelbäume stehen vielfach jetzt noch in schönster Blüthe. Wir haben Aussicht auf ein gutes Jahr.

* Aus Petersburg wird eine köstliche Geschichte vom Schah von Persien berichtet. Derselbe meint nämlich, daß er nicht blos „König der Könige" dem Titel, sondern auch der Wirklichkeit nach sei. Als der Kaiser von Rußland ihm nochmals beim Abschied auf dem Bahnhof die Hand reichte, dankte der Schah vor dem Einsteigen in den Waggon für die genossene Gastfreundschaft und bemerkte schließlich: er habe gesehen, daß der Kaiser das Land der Russen ganz gut regiere; „fahren Sie nur so fort und ich werde stets mit Ihnen zufrieden sein". Aus diesem Gesichtspunkt wird man sich nun auch erklären können, warum der Schah mit so völliger Gleichgültigkeit, als ob sich das Alles so von selbst verstände, die Empfangsfeierlichkeiten an den verschiedenen Höfen entgegennimmt. Kehrt er nach Persien zurück, so wird er dort ohne Zweifel allen seinen Unterthanen kund und zu wissen thun, daß seine Vasallen den „König der Könige" mit den gebührenden Ehren empfangen hätten!

Briefkasten.

Nach U. Sie scheinen unsere Erklärung gegen die Bad. Correspondenz sammt Karlsruher Zeitung nicht gelesen zu haben, sonst müßten Sie wissen, daß Ihr D. Winkelblättchen lediglich die Verläumdung der büreaukratischen Correspondenz in Mannheim, wie das sich fast von selbst versteht, nachgedruckt hat. Bedurfte es ja doch für die sämmtlichen Amtsverkündiger nur des Abdrucks in der hiesigen wohlanständigen Karlsuherin, um sie an das Wort zu erinnern: Geh hin und thue das Gleiche! Ein Artikel, der in der Karlsruherin steht, gilt ja dieser Sorte von Winkeljournalistik für unfehlbare Weisheit und drückt sogar das Siegel des Erlaubten und Wohlgefälligen Ihrem Abklatsch auf die Stirne! In solchen Fällen halten wir uns dann selbstverständlich lieber an den Schmied als an den Schmiedle.

Nach O. Wir bedauern, daß die Sache so gegangen ist wie sie kam; hätten wir gewußt, daß es wirklich so schlimm war, wie Sie bemerken, dann hätten wir's anders gemacht. Nähere Auskunft müssen wir indessen verweigern. Wenn Sie sagen: „nichts für ungut!" so antworten wir: „Und darum keene Feindschaft nich!" Uebrigens wird die Welt nicht aus den Angeln fallen; wir glauben, sie bewegt sich noch.

Redigirt unter Verantwortlichkeit v. Dr. Ferd. Bissing.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Nachruf.

Es war der 9. Juni d. J., der für unsere Gemeinde unvergeßliche Tag, an welchem uns unser allverehrter Herr Dekan Anton Gillig nach einer mehr als 23jährigen Wirksamkeit verließ, um seine neue Pfarrei Krotzingen anzutreten. Was derselbe seit dieser langen Reihe von Jahren unserer Gemeinde als Priester, Seelsorger und Wohlthäter war, dem gab die Gemeinde als Anerkennung seiner vielen Verdienste für uns in voller Uebereinstimmung am Vorabende wie am Scheidungstage selbst Ausdruck. Wem sollten wohl diese vielen unzählbaren Thränen, diese vielen Beweise von Verehrung und Liebe gegolten haben als ihm, den wir so ungern verließen, und der sich durch seine uneigennützige Schöpfungen für uns in den Herzen der Gemeinde unvergeßlich gemacht hat. Möge der Himmel ihm vergelten, was wir nicht selbst vergelten können, und er uns auch ferner sein Wohlwollen bewahren.

Königshofen, den 15. Juni 1873.

Im Namen der Gemeinde:
Die Stiftungscommission.

12.5.

LIEBIG's
Kumys-Extract,

chem. Herstellung des so heilsamen Steppen-Nahrungsmittels der Kirgisen,
und bereits von den tüchtigsten Aerzten als Solches empfohlen, lässt gesunden von Lungenschwindsucht (selbst im vorgerücktesten Stadium), Tuberculose, Magen- und Darmkatarrh, beseitigt Blutarmuth, eingetreten in Folge anhaltender Krankheit und zuviel genossener Medicin und richtet selbst geschwundene Körperkräfte wieder auf.

Broschüren, sowie Gebrauchsanweisung versendet auf Verlangen gratis und kann der Kumys-Extract bezogen werden pro Flacon 15 Sgr. = 54 kr. in Kisten von 4 Flacon ab durch das

General-Depôt
Berlin, Gneisenaustrasse 7a.

Hauptniederlage bei

Th. Brugier
in Karlsruhe, Waldstrasse Nr. 10.

Das bereits über
30 Jahre dahier bestehende
Commissions-Bureau
von
J. Scharpf,
welches die Fertigung von Bitt-Gesuchen an die höchsten Landes-, sowie jedwede andere Dienst-Stellen, nebst Bürger-Annahms- und Heiraths-Gesuchen, Haus- und Fahrniß-Versteigerungen, die Betreibung ausstehender Schuldposten auf gütlichem und gerichtlichem Wege im In- und Ausland übernimmt, sowie auf gestellte Anfragen gewissenhafte Auskunft und nach Verlangen Rath ertheilt, befindet sich
Karlsstraße 43.

Amtlich genehmigte

Verloosung einer Monstranze.

Unterzeichneter verfertigte vor einigen Jahren eine Monstranze von 75 Ctm. Höhe und 40 Ctm. Breite, mit etwa 400 feingeschliffenen Steinen besetzt, nebst 6 Figuren: Christus als Lehrer, Madonna und die 4 Evangelisten darstellend. Sechs daran befindliche Aehren sind mit nachgemachten Diamanten besetzt. Die Monstranz ist in allen Theilen reich in Ornamentik, von reiner und schöner Arbeit und guter Vergoldung. Dieselbe ist gerichtlich geschätzt zu 650 fl.

Constanz, im Mai 1873.

R. Hoz, Bijoutier, Fischmarkt Nr. 800.

Der Verfertiger hat der Expedition dieses Blattes 50 Stück Loose à 1 fl. zum Verkauf übergeben und sagt in seinem Begleitschreiben, daß der 1870er Krieg, sowie die jetzigen Wirren alle Versuche eines Verkaufes der Monstranze vereitelten, er aber ein nicht vermöglicher Geschäftsmann sei, weßhalb er den Weg einer Verloosung betreten müsse.

Wir empfehlen nun den hochw. Herren Geistlichen und Kunstfreunden die Unterstützung dieses Unternehmens durch gefällige Abnahme von Loosen à 1 fl. Eine lithographirte Zeichnung sowohl als eine Photographie dieser Monstranze liegt bei uns zur Ansicht bereit.

Exp. d. Bad. Beobachters.

Frankfurter Zeitung
und
Handelsblatt.

Auflage 15,000 Exemplare.

Eigenthümer: Leopold Sonnemann.

Abonnementsbestellungen auf das am 1. Juli beginnende neue Quartal beliebe man rechtzeitig bei den betreffenden Postanstalten zu machen. Der Abonnementspreis ist per Vierteljahr:
in Frankfurt fl. 3. 45 kr.,
in Preußen fl. 4. 4 kr. oder 2 Thlr. 10 Sgr.,
in den Staaten des deutschen Reichs (excl. Preußen), Elsaß-Lothringen, sowie in der Schweiz, Oesterreich und Luxemburg, fl. 3. 20 kr. oder 1 Thlr. 27½ Sgr.

Die „Frankfurter Zeitung" hat unter allen hiesigen Blättern die größte Verbreitung und ist daher zu Inseraten ganz besonders geeignet.

Die Petitzeile wird vom 1. Juli ab mit 10½ kr. = 3 Sgr. = 30 Neupfennige, berechnet. Der Preisaufschlag der Inserate motivirt sich durch die bedeutende Steigerung der Arbeitslöhne und des Materials.

Die „Frankfurter Zeitung" wird im Juli d. J. ihr neuerbautes Haus beziehen und von diesem Zeitpunkte an auf Marinoni'schen cylindrischen Pressen (wie diejenigen der „Neuen Freien Presse" in Wien) gedruckt werden. Verspätungen in Ausgabe und Versendung des Blattes, welche seither unvermeidlich waren, da die bisherigen Druckerei-Einrichtungen nicht mehr der von Quartal zu Quartal steigenden Auflage entsprachen, werden für die Folge nicht wieder vorkommen. Mittelst der neuen Maschinen werden wir im Stande sein, die ganze Auflage des Blattes in einer Stunde herzustellen.

Im Feuilleton der „Frankfurter Zeitung" werden wir vom 1. Juli ab den nachgelassenen Roman Eduard Bulwer-Lytton's „Kenelm-Chillingly", dessen Uebersetzungsrecht die Redaction erworben hat, veröffentlichen. Ueber die Wiener Weltausstellung werden die Herren Ludwig Pfau, Hermann Voget und unser bewährter technischer Ausstellungsreferent regelmäßig weiter berichten.

Expedition der Frankfurter Zeitung
Gr. Eschenheimergasse 31
in Frankfurt a. M.

☞ Allen Kranken und Hülfesuchenden

versende ich auf portofreies Anfragen **unentgeltlich** das Buch
Untrügliche Hülfe und Linderung
allen Leidenden.
E. Zerling in Braunschweig.
NB. Tausende verdanken diesem Buche ihre Genesung. 20.9.

Verloosungen.

Freiburger 15-Fr.-Loose von 1861. Verloosung vom 15. Mai, Auszahlung am 15. August 1873. Hauptgewinne Serie 1925 Nr. 49 zu 25,000 Fr., S. 6840 Nr. 26 zu 2000 Fr., S. 5128 Nr. 3 zu 1000 Fr., S. 1486 Nr. 27, S. 1891 Nr. 6, S. 2581 Nr. 49, S. 3313 Nr. 2, S. 3648 Nr. 14, S. 697 Nr. 45 zu 250 Fr.

Geburten.

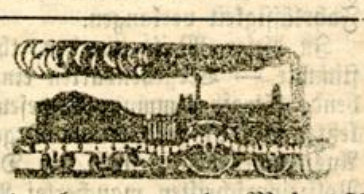
13. Juni. Josephine Marie Luise, Vater Karl Görner, Schlosser.
13. „ Julie Frieda, Vater Josef Sutter, Wagner.

Eheschließungen.

14. Juni. Max Schlemmer von hier, Schlosser, mit Johanna Hettinger von Heidelberg.
15. „ Johann Hilker von Unterkessach, Schmied, mit Katharina Amberger verwittwete Kohler von Bretten.

Todesfälle.

13. Juni. Sophie, Wittwe des Militär-Wittwen-Kassiers Wielandt. 69 J.
13. „ Ottmar, Vater Schneidermeister Linnert. 10 M. 27 T.



Fahrtenplan vom 1. Mai 1873
anfangend:

Abgang von Karlsruhe.

Nach Rastatt und Baden:
1^{10}*†. 6^{45}. 7^{35}*. 10^{45}. 11^{40}*. 1^{45}. 2^{55}* 5^{15}. 4^{0}. 7^{40}.

Nach Bruchsal und Heidelberg:
7^{10}. 9^{30}. 11^{12}*. 12^{40}. 1^{40}*†. 4^{5}. 3^{25}. 8^{40}. 7^{10}*. 2^{40}*†.

Nach Pforzheim (Mühlacker).
7^{45}. 10. 1^{20}*. 1^{45}. 5^{5}. 7^{45}. 11^{10}*.

Von Pforzheim nach Karlsruhe.
5^{35}. 6^{29}*. 9^{42}. 12^{23}. 1^{2}*. 5^{10}. 9^{10}.

Nach Mannheim (Rheinthalbahn):
Hauptbahnhof: 6^{10}. 9^{25}. 2. 7^{15}.
(Mühlburgerthor): 6^{17}. 9^{33}. 2^{8}. 7^{22}.

Von Mannheim nach Karlsruhe:
5^{50}. 10^{35}. 2^{30}. 6^{45}.

Nach Maxau (Hauptbahnhof):
Hauptbahnhof: 6. 8^{15}. 10^{45}§. 11^{20}. 2^{30}. 4§. 5. 6^{15}§.
Mühlburger Thor: 6^{7}. 8^{22}. 10^{52}§. 11^{27}. 2^{37}. 4^{7}§. 5^{7}. 6^{22}§.

Die mit * bezeichneten Züge sind Schnellzüge.
Die mit *† Schnellzüge befördern auch Personen in dritter Classe.
Die mit § bezeichneten Züge cursiren nur im Sommer und nach Bedarf.

Cours der Staatspapiere. Frankfurt, 14. Juni.

Staatspapiere.	pr. comptant.									
Preußen 4½% Consol. Oblig.	104⅜ G	Rußland 5% Obligationen v. 1872	91½ G	5% Oesterreichische Südbahn-Priorit.	85¼ G	Finnländer 10-Thl.r-Loose	9¾ G
4½% do.	100 G	Belgien 4½% Obligationen	102 P	3% do. do.	49¼ b	Meininger 7-fl-Loose	— G
4% do.	97 P	Schweden 4½% Oblig. in Thaler	95⅝ G	5% Elisabeth, Coupon i. Silb. 1. Em.	85 G	**Wechsel-Cours.**	
Baden 5% Obligationen	102½ G	Schweiz 4½% Eidgenossensch.-Obl. i. Fr.	— b	5% do. do. 2. Emiss.	— P	Amsterdam k. S.	97¼ b
4½% do.	100 G	4½% Berner Obligationen	— G	5% Böhmische Westbahn, 1863, 300 fl.	83½ P	Augsburg „	100 P
4% do.	92½ G	N.-Amerika 6% Bonds 1882r v. 1862	95⅞ G	3% Oesterr. Staatsb. (1.—8. Em.) 28 kr.	58¾ b	Berlin „	105⅛ G
3½% do. v. 1842	— P	6% „ 1885r v. 1865	— b	5% Hessische Ludwigsbahn	— G	Bremen „	105⅛ P
Bayern 5% Obligationen	— b	5% „ 1904r 10/40 1864	92½ G	5% Pfälzische Ludwigsb. (Bexbach.)	— P	Brüssel „	92¾ b
4½% „ (Zins 1jähr.)	100 G	Spanien 3% neue Schuld von 1869	18½ b	6% Central Pacific, rückz. 1898	80½ b	Hamburg „	105⅛ P
4% „ „ 1jähr.	92⅜ G	Frankreich 5% Rente. Fr. zu 28 kr.	— P	6% Pacific Missouri, r. 1888 v. 1868	— G	Leipzig „	105 P
Württemberg 5% Obligationen	102⅞ G	do. leere.	— P	6% südl. Pac. Miss. r. 1888 v. 1869	— P	London „	117¾ b
4½% „	100 G	**Actien und Prioritäten.**		**Anlehens-Loose.**		Mailand „	—
4% „	92¼ G	Badische Bank, 200 Thaler	107⅝ b	Bayerische 4% Piämien-Anleihe	111 P	Paris „	92 b
Nassau 4½% Obligationen	100 P	3% Frankfurter Bank, fl. 500	142½ b	4% Bad. Prämien-Loose zu 100 Thlr.	— b	Wien „	103¾ b
4% do.	— G	4% Darmstädter Bankactien, fl. 250	406 G	Badische 35-fl.-Loose	68 P	**Gold und Silber.**	
Sachsen 5% do.	— P	3% Oesterr. Nationalbank, fl. 600 6 kr.	984 G	Braunschweiger 20-Thlr.-Loose.	23¾ b	Pr. Friedrichsd'or	fl. 9. 56½ 57½
Gotha 5% do.	100 P	5% do. Creditactien, fl. 160	264½ b	Gr. Hessische 50 fl.-Loose	— b	Pistolen	„ 9. 37—39
Gr. Hessen 5% do.	102 P	Stuttgarter Bank	93½ G	„ 25-fl.-Loose	— P	Holländ. 10-fl.-St.	„ 9. 52—54
4% do.	99 P	5% Elisabethbahn, fl. 200	226½ G	Kurhessische 40-Thaler-Loose	— P	Ducaten	„ 5. 32—34
Oesterr. 5% Silberrente Z. 4 1/5%	64¾ G	5% Rudolphsbahn, fl. 200	— b	Ansbach-Gunzenhausener 7-fl.-Loose	— b	20-Frankenstücke	„ 9. 18½ 19½
4% Papierrente Z. 4 1/5%	60⅛ G	4% Ludwigshafen-Bexbacher-E. fl. 500	— G	Oesterr. 4% 250-fl.-Loose von 1854	93 G	Engl. Sovereigns	„ 11. 45—47
do. do.	60¼ G	4½% Bayerische Ostbahn, fl. 200	120 G	„ 5% 500 do. do. 1860	91 G	Russ. Imperiales	„ 9. 39—41
5% Ung. E.-B.-Anl. 1868	— b	4% Hessische Ludwigsbahn, Thlr. 200	— b	„ 100-fl.-Loose do. 1864	157 P	Dollars in Gold	„ 2. 24—25
Rußland 5% Oblig. v. 1871	91 G	5% Oesterr. Staatsbahn, Fr. 500	342½ b	Schwedische 10-Thaler-Loose	— G		

Druck und Verlag von L. Schweiß, Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.